



Gewalt gegen Polizei, Ordnungs- und Rettungskräfte

CDU NRW startet Respekt-Kampagne

Die Gewalt gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute und andere Rettungskräfte steigt von Jahr zu Jahr. Betroffen sind vor allem unsere Polizistinnen und Polizisten: 2011 gab es 6.039 erfasste Übergriffe in NRW. 2014 waren es 30% mehr: 7.902. Bei der Feuerwehr sind im gleichen Zeitraum die Vorfälle um 2/3 auf 151 pro Jahr und bei den Rettungsdiensten um 30% auf 116 angestiegen.

Über 80 Prozent der Polizeibeamten wurden schon beschimpft, beleidigt oder bedroht, über 90 Prozent davon sogar mehrfach. Die Gewerkschaft der Polizei hat errechnet, dass nahezu stündlich ein Polizist im Land angegriffen wird. Fachleute warnen vor einem zunehmenden Autoritäts- und Respektverlust.

Mehr als 4 Millionen Einsätze leisten unsere Polizisten im Jahr für unsere Sicherheit. Bei mehr als 260.000 Notrufen konnten wir uns auf die Hilfe unserer Polizei verlassen. Dafür verdienen die Polizei und auch alle anderen Rettungskräfte unseren Respekt und unsere Anerkennung. <http://kurzlink.de/GGka16-8781>

Bundessprachenamt

15 Millionen-Investition in den Standort Hürth

Gemeinsam mit dem parlamentarischen Staatssekretär Ralf Brauksiepe, meinem Bundestagskollegen Dr.



Georg Kippels, dem CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzenden Willi Zylajew, dem Hürther CDU-Fraktionsvorsitzenden Dirk Breuer und dem stellv. Bürgermeister Peter Prinz informierte ich mich über die Arbeit des Bundessprachenamtes.

Das Bundessprachenamt bietet in Hürth rund 500 Frauen und Männern interessante Arbeitsplätze. Von Übersetzern bis zu Sprachvermittlern, von Verwaltungskräften bis zu IT-Experten – eine bemerkenswerte Bandbreite. Der Präsident des Bundessprachenamtes, Wolfgang Steimels, informierte uns umfassend über die Arbeit seiner Behörde, die eine hochprofessionelle Institution des Bundes in unserem Kreis ist. Noch in diesem Sommer beginnt der Neubau eines neuen Wohnheims für 15 Mio. Euro. Die Fertigstellung ist für Mai 2017 vorgesehen.

Innere Sicherheit

54 Ausreisen von Islamisten verhindert – Tendenz steigend

Immer mehr radikalisierte Personen wollen über Nordrhein-Westfalen das Land in Terrorgebiete verlassen. Insbesondere Ausreisen in den Irak und nach Syrien nehmen zu.

Seit 2011 verhinderten die Behörden 54 Ausreisen durch Passenzug (52 Fälle) oder in zwei Fällen in diesem Jahr durch Ausreiseuntersagungen. 2011 wurde eine Ausreise verhindert, 2012 waren es drei, 2013 steigen die Fälle um das Fünffache (15) an und 2014 waren es mit 27 Passenzügen noch einmal fast doppelt so viele Fälle im Vergleich zum Vorjahr.

In nur einem einzigen Fall wurde die Wiedereinreise eines als gefährlich eingestuften Islamisten verhindert: 2013 wurde ein 21-Jähriger, aus Syrien kommend, abgewiesen. In den meisten Fällen ist eine Verhinderung von Wiedereinreisen nur in sehr engen rechtlichen Grenzen möglich.

Unsere Sicherheitsbehörden sind im höchsten Maße gefragt, so viele potentielle Terroristen wie möglich am Reisen in und aus Terrorgebieten zu hindern. Mehr: <http://kurzlink.de/GG150529>.